

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 18 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend ins Haus, einschließlich der Postgebühren pro Monat 0.90 RM. frei. Der bessere Alltag, „Profisches Wissen“, Die Frau und ihre Welt, Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Fernsprecher Nr. 27



Telegr. Abz.: Zeitung.

Anzeigen werden in der Spangenberg Zeitung (Haupt- und Beilage) zu den folgenden Preisen angenommen: 1. Zeile oberer oder unterer Rand mit 15 Wg. berechnet; auswärts 20 Wg. Bei Wiederholung ent sprechender Rabatt. Kleinanzeigen kosten pro Zeile 40 Wg. Beilagen für Wg., Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschrieben. Annahmestelle für Offerten und Aufträge beträgt 15 Wg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 23

Dienstag, den 21. Februar 1933

26. Jahrgang.

Scharfe Worte in Genf

Deutschland fordert klare Entscheidung im Luftfahrttausch

Oesterreich wehrt sich

Berlin, 21. Februar.

Das Haus am Wiener Ballplatz ist wieder einmal in den Brennpunkt der ganz großen Politik gerückt. Alle Welt ist gespannt darauf, wie das kleine Oesterreich das englisch-französische Ultimatum in der Hirtenberger Waffenpause beantworten wird. Abgesehen von Frankreich und England in der Kleinen Entente zum Zusammenschluß des Völkervertrages ist man allgemein der Auffassung, daß sich kein Staat, und mag er noch so klein sein, eine solche einwirkende Behandlung gefallen lassen kann. Vielfach wird auch die Ansicht vertreten, daß die Angelegenheit über Gebühr aufgebauscht worden ist, und zwar offenbar aus dem einzigen Grund, um der Welt begrifflich zu machen, daß man es Frankreich unter diesen Umständen nicht verargen könne, wenn es auf der Genfer Konferenz den „zu weitgehenden“ Abrüstungsforderungen Widerstand entgegensetzt.

Gerühmterweise denkt man in Wien keineswegs daran, sich dem Pariser Diktat zu beugen. Nach den Erklärungen des österreichischen Vizekanzlers Winkler auf dem Landesparteitag des Landbundes in Klagenfurt und des österreichischen Regierungsrates „Reichspost“ ist mit einer Ablehnung der unbegründeten Forderungen und unangemessenen Forderungen der französischen Note zu rechnen. Oesterreich denkt nicht daran, sich dem Kommando von Paris und Prag zu unterwerfen. Diese entschiedene Stellungnahme, die vom Standpunkt eines souveränen Staates nur selbstverständlich ist, wird freilich nicht bedeuten, daß Oesterreich irgendwie für eine Verleumdung des von der Kleinen Entente inszenierten Konflikts um die Hirtenberger Waffenpause verantwortlich gemacht werden könnte; Oesterreich wird die Tür zu weiteren Verhandlungen nicht zuschlagen, aber es wird jede politische Ausbeutung dieser primären Angelegenheit, die drohende Gefahr mit jener ruhigen Würde zurückweisen, die es als traditionsbewußter Kulturstaat auch in den gefährlichsten Krisen nicht verloren hat. Vielleicht kann man in dieser Rede nicht nur die Abgabe an die Kleine Entente, sondern auch die Ankündigung einer langsamen Rückkehr des Kabinetts Dollfus zu dem deutschen Kurs der früheren österreichischen Regierungen erblicken.

Die entschiedene Haltung der Wiener Regierung wird von der österreichischen Öffentlichkeit fast durchweg gebilligt. Die Wiener Zeitungen befürworten ausdrücklich, daß die österreichische Regierung die Note ablehnen und nachweisen werde, daß Oesterreich den Friedensvertrag nicht verletzt habe. Oesterreich werde auch keine immer gezielte eideschwurähnliche Erklärung abgeben und es werde gegen den Ton der Note protestieren, der das souveräne Oesterreich zu einem Vasallenstaat degradieren. Es werde sich wohl kaum vermeiden lassen, daß die Angelegenheit vor dem Völkerverbund ausgetragen werde.

Mit besonderem Nachdruck erinnern die Wiener Blätter daran, daß die von Oesterreich geforderte eideschwurähnliche Verpflichtung eine dem modernen Völkerecht fremde Form ist und zum letzten Male bei Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Frankreich und der Schweiz 1777 zur Anwendung kam. Im übrigen wird auch heute erklärt, daß zwischen dem italienischen Abstand der Waffen und der Hirtenberger Waffenpause ein privates Geschäft abgeschlossen worden ist. Die österreichische Regierung könne der Hirtenberger Waffenpause nahelegen, die Waffen an den italienischen Abstand zurückzugeben; sie könne verhindern, daß die Waffen einem dritten Staat geliefert würden, aber sie könne von der Hirtenberger Waffenpause nicht verlangen, daß diese die mit der Waffenerneuerung zusammenhängenden enormen materiellen Schäden auf sich nehmen.

Wie die „Neue Freie Presse“ berichtet, wird die österreichische Regierung nach Ablauf der von Frankreich und England erbetenen Frist, ohne daß dieses auf einen bestimmten Tag festgelegt sein müßte, den anfragenden Staaten über die zu diesem Zeitpunkt gegebene Sachlage entsprechende Informationen geben. Sollte die österreichische Antwort nicht genügen, so müßte abgewartet werden, welche weiteren Schritte die anfragenden Staaten unternehmen würden. Unter diesen Umständen würde wohl in erster Linie die Einholung eines Votums des Völkerverbunds in Frage kommen.

In Berlin und in Wien mußte es nachgedrungen großem Verstande ergehen, daß das Ultimatum an Oesterreich nicht nur die Unterdrückung Frankreichs trug, sondern auch die ausdrückliche Zustimmung Englands gefunden hatte. Dem Anschein nach hat man in London die Tragweite dieses Schrittes nicht überlegt und ist jetzt um so mehr überrascht, daß die Angelegenheit eine solche Zuspitzung erfahren hat. In den Londoner Blättern wird versucht, das Ultimatum als eine Bagatelle hinzustellen, die „gar nicht so ernst gemeint“ gewesen sei. Die Absicht der englischen Regierung sei, so meint der „Daily Telegraph“, lediglich ge-

wesen, die Wiener Regierung auf die unangenehmen Konsequenzen aufmerksam zu machen, die für Oesterreich daraus entstehen müßten, wenn die übrigen Signatarmächte des Friedens von St. Germain ihm Verfehlungen gegen die Friedensbestimmungen vorwerfen können. Englands Absicht sei also gewesen, in Wien eine „freundliche Warnung“ zu geben. Man bedauert jetzt in London, daß das englische Kabinett nicht eine eigene Note mit eigener Fassung nach Wien geschickt hat.

Der eigentliche Beweggrund, weshalb England die Note an Oesterreich mit unterzeichnet hat, ist darin zu suchen: England wollte vermeiden, daß die Streitfrage zu einer langwierigen Auseinandersetzung vor dem Völkerverbund führen könnte. Eine derartige Entwicklung hätte nach englischer Auffassung die ruhige Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen ernstlich gefährden können. Aus diesem Grunde hatte England auch angeregt, daß die Angelegenheit ganz still und heimlich, „ohne Beunruhigung der Öffentlichkeit“ erledigt werden sollte. Daß dabei Oesterreich auf die Anie gezwungen und gedemütigt werden sollte und den französischen Forderungen erneut Vorstoß geleistet werden würde, schien England wenig zu kümmern! Durch die Redseligkeit der tschechischen Minister in der Prager Kammer ist den Engländern ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Nun werden sie sich damit abfinden müssen, daß die österreichische Regierung sich gegen die ihm zugesandte erneute Anhebung zur Wehr setzt, seine Souveränität vor aller Welt verteidigt und die gegen Oesterreich erhobenen Vorwürfe in aller Form zurückweist.

Luftfahrttausch weicht aus

Scharfer Zusammenstoß. — Deutscher Einspruch gegen weitere Verschiebungsmassnahmen.

Genf, 21. Februar.

Der Luftfahrttausch der Abrüstungskonferenz nahm nach längerer Pause seine Beratungen wieder auf, um die ihm vom Hauptauschuß zugegebene Entscheidung in den grundsätzlichen Fragen der Abschaffung der Militärluftfahrt zu treffen. Gleich zu Beginn der Sitzung kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem deutschen Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Brandenburg, und dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem spanischen Botschafter in Paris, Madariaga, der den Vorschlag machte, zunächst lediglich über die Internationalisierung und die Kontrolle der Zivilluftfahrt und über die Frage der Luftpolizei zu verhandeln.

Die deutsche Delegation verlangte demgegenüber eine unzugängliche und klare Entscheidung über das allgemeine Verbot der Militärluftfahrt und des Luftbombardements. „Ich bin“, führte Ministerialdirektor Brandenburg aus, „mit einer gewissen Zuversicht wieder zu dieser ersten Sitzung der Luftkommission nach Genf gekommen, und was finde ich nun als Vorstoß vor? Auf unserem Tisch steht scheinbar derselbe Topf mit demselben Drei, an dem wir während der ersten Phase der Abrüstungskonferenz sechs Monate herumgefragt haben, ohne je einen Bissen genießen zu können. Alle Gespenster der Vergangenheit erwachen wieder; das Ballspiel zwischen dem Hauptauschuß und der Luftfahrtkommission, die hoffnungslosen Verträge, die politischen Entscheidungen des Hauptauschusses durch Eventualarbeiten der Generaldebatte zu erleichtern, all die unfruchtbaren Dinge, welche die Luftkommission und ihre zahlreichen Unterkomitees bearbeitet haben. Alles häufig ist auf dieser Konferenz schon das Wort gebraucht worden: „Man darf nicht den Karren vor den Ochsen spannen!“ Niemals hat es auf eine Situation bisher gepaßt bis auf diese.

Im weiteren Verlauf der Sitzung formuliert Ministerpräsident Brandenburg seine Anträge: Der Hauptauschuß müsse unverzüglich eine prinzipielle Entscheidung treffen, ob 1. eine völlige Abschaffung der Militärluftfahrt mit einem uneingeschränkten Verbot des Bombenabwurfs und einer Reglementierung für die Zivilluftfahrt oder 2. eine völlige Abschaffung der Militärluftfahrt mit einem uneingeschränkten Verbot des Bombenabwurfs und einer Reglementierung sowie einer Kontrolle der Zivilluftfahrt oder 3. ein uneingeschränktes allgemeines Verbot des Bombenabwurfs durchgeführt werden soll.

Die Diskussion über die deutschen Vorschläge, in der die französischen Staatsgruppen unter Führung des Luftfahrtministers Pierre Cot ablehnend Stellung nahm, ergab einwandfrei, daß die Mehrheit der an der Konferenz beteiligten Staaten bei einer sofortigen Entscheidung darüber, ob die Militärluftfahrt unter dem Verbot der Reglementierung der Zivilluftfahrt allgemein verboten und das Luftbombardement allgemein abgeschafft werden soll, auch weiterhin wie in der ersten Phase der Abrüstungskonferenz aus dem Wege gehen will. Der deutsche Vertreter ließ jedoch nicht locker und bestand auf Abklärung.

Es wurde sodann abgestimmt über die vom Präsidenten formulierte Frage, ob die Kommission gewillt ist

nach über die deutschen Vorschläge zu entscheiden, ehe man in eine Diskussion über die Bedingungen, unter denen die Militärluftfahrt eventuell abgeschafft und das Luftbombardement eventuell verboten werden könnte, eintreite. Die Mehrheit sprach sich gegen die sofortige Abstimmung über die deutschen Anträge aus.

Die deutsche Delegation wurde lediglich unterstützt von Rußland, Holland, der Türkei, Spanien und Belgien. Gegen die sofortige Abstimmung über die deutschen Vorschläge wandten sich die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Schweden, England, Norwegen, Indien und Kanada. Der Stimme enthielten sich Frankreich, Italien, Japan, Polen, Siam und die Vereinigten Staaten.

Befprechungen mit Radolny

Neue Instruktionen für die deutsche Delegation nicht erforderlich.

Berlin, 21. Februar.

Der Führer der deutschen Abrüstungsdelegation, Botschafter Radolny, hat im Verlaufe seines Berliner Aufenthalts mit dem Reichsaussenminister und mit dem Reichswirtschaftsminister Besprechungen gehabt. Wenn im Zusammenhang damit in einem Teil der Berliner Presse davon die Rede ist, der Botschafter habe neue Instruktionen von der Reichsregierung empfangen und weiter sogar von einer Konferenzrede gesprochen, so sind diese Kombinationen völlig abwegig.

Botschafter Radolny hatte lediglich den Wunsch, nach wochenlangem Aufenthalt in einer Auslandsreise nach Berlin zu kommen. Die der deutschen Delegation erteilten Instruktionen sind völlig ausreichend, zudem stehen ja auch Probleme nicht zur Erörterung.

Die Auslandsreise gilt lediglich den Fragen des taktischen Vorgehens; prinzipielle Entscheidungen stehen überhaupt nicht bevor. Was die Frage der Vereinheitlichung der Heeresreform anbetrifft, so wird voraussichtlich Botschafter Radolny beantragen, daß nicht entsprechend dem Vorschlag des französischen Ministers Tot die Generalkommission mit der Prüfung der Sache beauftragt wird, sondern die Effektivkommission.

Dankkundgebung des Kanzlers

Berlin, 21. Februar.

Amlich wird mitgeteilt: „Reichskanzler Hitler sind anlässlich seiner Ernennung aus dem In- und Auslande so zahlreiche Glückwünsche zugegangen, daß es unmöglich ist, sie alle einzeln zu beantworten. Der Reichskanzler spricht deshalb auf diesem Wege allen denen, die seiner gedacht haben, seinen tiefempfundenen Dank aus.“

Weiter haben in den letzten Tagen zahlreiche Vereine und Verbände an den Kanzler die Bitte gerichtet, den Ehrenvorstoß bei ihnen zu übernehmen, Kongresse, Ausstellungen und ähnliche Veranstaltungen zu eröffnen oder an ihnen teilzunehmen. Aus grundsätzlichen Erwägungen möchte Reichskanzler Hitler im allgemeinen davon Abstand nehmen, derartigen Bitten zu entsprechen.

In der heutigen, besonders arbeitsreichen Zeit würde es auch dem Reichskanzler gar nicht möglich sein, häufig an Veranstaltungen dieser Art teilzunehmen. Der Reichskanzler wird jedoch den Bestrebungen aller Organisationen, die ihm unterstützungswürdig erscheinen, sein Interesse entgegenbringen und sie fördern, so weit es ihm möglich ist.

Stärkung der nationalen Kräfte

Runderlaß des Reichskommissars Göring an die preußische Polizei.

Berlin, 21. Februar.

Der Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, hat an alle Polizeibehörden folgenden Runderlaß gerichtet:

Ich glaube, mir einen besonderen Hinweis darauf ersparen zu können, daß die Polizei auch nur den Anschein einer feindseligen Haltung oder gar den Eindruck einer Verfolgung gegenüber nationalen Verbänden (SL, SS, Stahlhelm) und nationalen Parteien unter allen Umständen zu vermeiden hat. Ich erwarte vielmehr von sämtlichen Polizeibehörden, daß sie zu den genannten Organisationen, in deren Kreisen die wichtigsten staatsaufbauenden Kräfte enthalten sind, das beste Einvernehmen herstellen und unterhalten. Darüber hinaus ist jede Betätigung für nationale Zwecke und die nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen.

Von polizeilichen Belästigungen und Auslagen darf insoweit nur in dringenden Fällen Gebrauch gemacht werden. Dafür ist dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten.

Gegen kommunistische Terrorakte und Uebertreffe ist mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von

der Waffe Gebrauch zu machen. Vollzugsbeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schusswaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schusswaffengebrauchs von mir gedeckt; wer hingegen in follicher Rücksichtnahme verlagert, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.

Der Schutz der immer wieder in ihrer Betätigung eingetragenen nationalen Bevölkerung erfordert die schärfste Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen gegen verbotene Demonstrationen, unerlaubte Versammlungen, Kundgebungen, Aufmärsche von Hoch- und Landesverrat, Mord, Raub, Verbrechen und das sonstige strafbare Treiben der Unruhmäher.

Jeder Beamte hat sich stets vor Augen zu halten, daß die Unterlassung einer Maßnahme schwerer wiegt als begangene Fehler in der Ausübung. Ich erwarte und hoffe, daß alle Beamten sich mit mir einig fühlen in dem Ziel, durch die Stärkung und Zusammenfassung aller nationalen Kräfte unser Vaterland vor dem drohenden Zerfall zu retten.

Weitere Neubefehungen

in der preussischen Verwaltung bevorstehend.

Berlin, 21. Februar.

Wie verlautet, ist für die nächsten Tage in Preußen mit der Neubefehung weiterer Polizeipräsidien- und Regierungspräsidentenposten zu rechnen. Für den Posten des Regierungspräsidenten in Arnberg wird das nationalsozialistische Landtagsmitglied Regierungsrat Dr. Nicolai genannt. Weiter ist die Neubefehung der Polizeipräsidienposten in Stettin, Hagen i. W. und Breslau zu erwarten.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen in Münster, Graf v. Helldorf, ist vom preussischen Minister des Innern entgegen anderslautenden Meldungen entsprechend seinem Urlaubsgesuch von seinen Dienstgeschäften entbunden und beurlaubt worden.

Staatsanwalt a. D. G. R. u. e. r, der von der Regierung Bremen aus politischen Gründen entlassen worden war, ist zum Nachfolger des Ministerialdirektors Kaufmann und Leiter der Polizeibehörde im preussischen Ministerium des Innern vorgezogen. Seine Ernennung zum Ministerialdirektor steht bevor.

Am Berliner Polizeipräsidium sind insgesamt dreizehn Beamte zunächst beurlaubt worden. Ihre weitere dienstliche Verwendung hat sich der Polizeipräsident vorbehalten. Es handelt sich um folgende Beamte: Regierungsdirektor Gohrte, Oberregierungsrat Dr. Ropp, Oberregierungsrat Dr. Hammer, Frau Regierungsrat Noltenheim, Frau Polizeirat Mosse, Kriminaldirektor Scherler, Kriminalrat Dr. Stumm, Kriminalrat Klingeböller, Polizeischreiber Bode, Kriminalrat Raabts, Kriminalbezirkssekretär Bombe, Polizeibezirkssekretär Silberbrandt.

Einstellungs- und Beförderungssperre vor den preussischen Gemeindevorständen.

Der kommissarische preussische Innenminister hat sämtliche Ober- und Regierungspräsidenten durch Erlaß aufgefordert, mit Rücksicht auf die Gemeindevorstände am 12. März in allen Gemeinden und Gemeindeverbänden eine allgemeine Einstellungs- und Beförderungssperre anzuordnen. Zwei sozialdemokratische Bürgermeister in Thüringen ihres Amtes enthoben.

Das Thüringische Innenministerium hat den Bürgermeister Stein in Dippach (Bezirk Eisenach) und den Bürgermeister Kreuter in Schweina bei Bad Liebenstein vorläufig ihres Amtes enthoben. Es wird gegen beide Bürgermeister, die der SPD angehören, ein Disziplinarverfahren wegen verschiedener Verfehlungen eröffnet worden.

Die Reichswahlvorschläge

Berlin, 21. Februar.

Beim Reichswahlleiter sind folgende Reichswahlvorschläge fristgemäß eingereicht worden:

- Nr. 1 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung);
- Nr. 2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands;
- Nr. 3 Kommunistische Partei Deutschlands;
- Nr. 4 Deutsche Zentrumspartei;
- Nr. 5 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot;
- Nr. 6 Bayerische Volkspartei;

WOLFGANG MARKEN:

KARL der Kleine

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU
(52. Fortsetzung.)

Und mit einem Sägheln schlummerte Angelica früh um drei Uhr ein.

Thomas und Grit saßen wartend im Borraume.

Sie saßen zusammen, als Karl mit zuckendem Antlitz zu ihnen tritt, und das Weinen der Mutter an ihr Ohr drang. Da wußten sie, was geschehen war.

„Sie ist... eingekollt!“ sprach Karl leise, und ein Schluchzen erschütterte ihn. Er kämpfte dagegen an, aber die Tränen flossen ihm die Wangen herunter.

Thomas und Grit stützten ihn.

Ganz still war's im Raume.

Kein Mensch in Montevideo hat gewußt, daß Alfredo Colleani verheiratet war.

Als Hauptmann Vinthos, der provisorische Kriegsminister am frühen Morgen zu Karl kommt, da wundert er sich über die festerliche Stille im Hause.

Wundert sich über die ersten Gesichtszüge und fragt Karl ungerührt: „Mein Freund, was ist geschehen?“

„Der Tod ist bei uns eingekollt. Meine... Frau ist in dieser Nacht gestorben!“

Vinthos steht wie erstarrt.

Dann umarmt er Karl und sagt bebend: „Oh... mein armer Freund! Und wir haben alle nicht gewußt, daß du verheiratet warst!“

„Nur... sechs Tage, Vinthos! Eine kurze Ehe!“

Der Hauptmann versteht ihn nicht.

Stumm schüttelt er ihm die Hand. „Wir werden alle mit dir trauern, Alfredo Colleani! Dein Schmerz ist unser Schmerz!“

Vinthos hält sich nicht lange im Trauerhause auf.

Nach einer Stunde weiß ganz Montevideo, welchen Verlust Alfredo Colleani erfahren hat, und tiefes Bedauern erfüllt alle.

Nr. 7 Deutsche Volkspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung, Deutsche Bauern-Partei, Deutsch-Französische Partei);

Nr. 11 Württembergischer Bauern- und Weingärtner-Bund (Landbund);

weiter ein Reichswahlvorschlag mit der Parteibezeichnung „Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft“.

Ueber die Zulassung der Reichswahlvorschläge entscheidet der Reichswahlprüfungsausschuss in seiner Sitzung am heutigen Dienstag.

Förderung der Kleinfiedlung

In Preußen 8400 Siedlerstellen fertiggestellt und 5600 in Bauausführung begriffen.

Berlin, 21. Februar.

Nach einer Mitteilung über den Stand der Kleinfiedlung sind seit Inangriffnahme der vorläufigen Kleinfiedlung in Preußen mit Hilfe von Reichsmitteln insgesamt rund 8400 Siedlerstellen fertiggestellt worden. Außerdem sind noch rund 5600 Stellen in der Bauausführung begriffen. Die Vorräte an Siedlerstellen von weiteren 2100 Siedlerstellen sind soweit vorgegriffen, daß mit den Bauarbeiten begonnen werden kann, sobald es die Witterungsverhältnisse gestatten.

Da die Nachfrage nach weiteren Siedlerstellen außerordentlich groß ist und andererseits die Kleinanstellung der Erwerbslosen erfüllt hat, hat die Reichsregierung im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms die Bereitstellung weiterer Mittel zur Fortführung der Kleinfiedlung beschlossen. Die Mittel sollen schon in nächster Zeit auf die Verfallstärker verteilt werden.

Brolat streitet ab

Berlin, 21. Februar.

Vor dem Schwurgericht beim Landgericht III in Berlin, dessen Vorsitz Landgerichtsdirektor Dr. Truppner führt, hat sich gegenwärtig der frühere Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft, Brolat, unter der Anklage des Meineides zu verantworten.

Brolat, der seit dem 27. Dezember in Untersuchungshaft sitzt, wird beschuldigt, den Meineid am 31. Oktober 1929 vor dem damaligen staatlichen Untersuchungsmagistrat Taposky geschworen zu haben, der die Beziehungen der Berliner Verwaltung zu den Sklaren zu untersuchen hatte.

In der heutigen Verhandlung bestritt Brolat nicht nur die Meineidsanklage, sondern er will sogar nicht einmal einen fahrlässigen Falschheid geschworen haben.

Der Vorsitzende hielt dann Brolat vor: „Glaubten Sie, nachdem Sie für die Stadtbankdirektoren bei Keller und Fuchs Rechnungen bezahlt hatten, und Stadtbankdirektor Hoffmann Ihnen dafür die Hand küßte, es verantworten zu können, unter Eid zu erklären, daß Sie die Stadtbankdirektoren nur dienstlich und auch nur flüchtig kennen würden?“ Brolat erwidert hierauf, daß die Stadtbankdirektoren ihn ja „nicht als Privatmann“ sondern „als BVB-Direktor“ angeludert hätten, und daß Untersuchungsmagistrat Taposky auf weitere Ausführungen von ihm „gar keinen Wert gelegt habe“. Aus diesem Grunde habe er, Brolat, „keine Veranlassung gehabt, darüber zu sprechen“.

Austrittsbeschluß Japans

Anweisungen an die Abordnung in Genf. — Errichtung einer neutralen Zone an der Großen Mauer?

Genf, 21. Februar.

Nach japanischen Mitteilungen hat die Regierung in Tokio fobien der japanischen Abordnung telegraphisch die Anweisung erteilt, im Falle der Annahme des Beschlusses des 19er Ausschusses durch die Völkerverversammlung den Austritt Japans aus dem Völkerbund zu erklären.

Die Vertreter Japans auf der Abrüstungskonferenz haben darauf telegraphisch bei ihrer Regierung angefragt, ob Japan nach dem Austritt aus dem Völkerbund noch weiter an der Abrüstungskonferenz teilnehmen wird. Eine Antwort auf diese Frage steht noch aus.

Nach einer weiteren Meldung aus Tokio will Japan in Kürze in Peking und Nanjing die Zurücknahme der chinesischen Truppen aus der Provinz Jehol und die Errichtung

einer neutralen Zone zu beiden Seiten der Großen Mauer vorschlagen.

Was die militärische Lage in Jehol betrifft, glaubt man in englischen Kreisen, daß etwa 100.000 Mann japanische Truppen in Jehol stehen. Die Mehrzahl dieser Truppen berichtet die „Times“, sei flüchtig ausgerüstet und bewaffnet. Südlich der Großen Mauer finden sich 100.000 Mann, die etwas besser ausgerüstet seien. Man glaubt die von einer großen Flutwelle unterdrückt zu werden, daß sie ohne großen Widerstand in Jehol einmarschieren könnten. Es besteht die Gefahr, daß Kampfsituationen in Jehol zwischenfälle an anderer Stelle heraufbeschwören würden, die zu einem Kriegszustand zwischen Japan und China führen müßten. Die Chinesen seien sich der Bedrohung ihrer See- und Flußhäfen wohl bewußt.

Angriff auf Jehol

Schanghai, 21. Februar.

Nach einer Meldung aus Tientsin, der Hauptstadt der Provinz Jehol, hat der japanische Angriff auf die Provinz in Richtung Tsinchau-Kalu und Tsinchau-Lanhou begonnen. Die Japaner stürmten wiederholt die chinesischen Stellungen, wurden aber zurückgeschlagen. Neue Nachrichten sind im Gange. Die Regierung der Provinz Jehol hat sich über das japanische Ultimatum, die Stadt Kalu freizugeben, abgelehnt.

Die mandchurische Regierung hat den stellvertretenden Kriegsminister General Tschingjungi zum Generalgouverneur der Provinz Jehol ernannt.

Japanische Bombenflugzeuge belegten die Stationen und drei andere Städte in Jehol mit Bomben. Chinesische Flugzeuge warfen die Flugzeuge Flugblätter an die Bevölkerung, in denen die chinesischen Truppen zum freiwilligen Kampf aufgefordert werden.

Zinszahlung für Auslandskredite

Runderlaß des Reichswirtschaftsministers.

Berlin, 21. Februar.

Der Reichswirtschaftsminister hat durch einen Runderlaß den Devisenstellen die Grundzüge mitgeteilt, die die Zinszahlung auf Kredite, welche nicht unter das Stabilitätsabkommen fallen, sondern der Devisenbewirtschaftung unterliegen, maßgebend sind.

Der Runderlaß enthält keine grundsätzliche Neuauflage, sondern stellt in erster Linie eine Zusammenfassung und nähere Ausgestaltung der für dieses Gebiet schon festgelegten Grundzüge dar. Durch den Runderlaß ist für Devisenstellen insbesondere Hargefäst, in welcher Höhe Einzelgäl die Transferierung von Zinsen genehmigt werden darf.

Die Transferierung wird nur in angemessener Höhe zugelassen.

möbel für die kurzfristigen, noch nicht fälligen Kredite für fällige Kredite allgemein die gleichen Sätze festgesetzt werden, welche die Stillhaltungsgebühren erhalten, während mittel- und langfristigen Krediten in erster Linie die traglichen Abmachungen gelten und nur unangemessenen Zinsen nicht transferiert werden sollen, es sei denn, daß besonderer Härtefall auf Seiten des Gläubigers vorliegt.

Die bisher für die Frage der Transferierung von Zinsen geltenden Runderlässe sind durch den neuen Runderlaß ausdrücklich aufgehoben worden.

Politische Zusammenstöße

Tote und Verletzte.

Kurz nach Mitternacht kam es in Erfurt-Nord der Nähe der Arbeiter-Turn- und Sportplätze zu Zusammenstößen und einem Feuergefecht zwischen politischen Gegnern. Ein Freizeiter wurde durch einen Herzschuß getötet, eine Person durch einen Bauchschuß schwer verletzt. In der Doberan wurde im Verlaufe eines Feuerkampfes ein Reichsbannermann namens Hans Busch durch Herzschuß getötet. Eine erste Meldung, wonach in Bad Doberan Personen erschossen worden sind, hat sich inzwischen als falsch herausgestellt.

In Erfurt schlag bei Chemnitz wurden bei politischen Zusammenstößen zwei Personen getötet.

In Hildesheim bei Düsseldorf wurde ein Verbeugung Nationalsozialisten aus dem Volkshaus beschossen. Nationalsozialisten drangen in das Volkshaus ein. Nationalsozialist wurde durch Bauchschuß schwer verletzt.

„So, nun wissen Sie alles! Sie können tun, was Sie gut finden. Meine Zeit hier ist iensobald bald um. Ich nicht daran, hier eine politische Rolle zu spielen, in der ein Zufall, eine Baune des unbegreiflichen Schicksals gerät hat.“

„Das kann ich mir wohl vorstellen!“

„Sie verstehen mich in allem?“

„Und ob ich Sie verstehe, Mister Große! Ich war in der wirtschaftlich jung, und da führt man, daß es unbegreiflich sein muß, so jung zu sein. Was ist tue?“ Ein Sägheln über die Zähne des alten Mannes. Nichts Finsternes ist in ihnen. Frei blüht das Auge.

„Ich... ich tue nichts! Bleiben Sie Alfredo Colleani, lange Sie mögen! Ich fahre wieder heim und erke ich den Paß meines toten Stiefsohnes in den Händen merde ich sprechen können. Solange find Sie Alfredo Colleani, und ich dede Sie!“

„Ich danke Ihnen, Mister Colleani!“

„Eine Bitte hätte ich noch, Mister Große! Ich bin dankbar wie Sie wissen habe da Schuldverschreibungen der früheren Regierung von Uruguay in meinem Tresor. Wie wird die neue Regierung dazu stellen?“

„Die Schulden werden anerkannt. Es sind doch Obligationen aus dem Jahre 1925?“

„Ne, von 1930!“

„Das muß ein Irrtum sein! Es existieren keine aus diesen Jahren. Ich bin genau darüber unterrichtet, denn ich habe dem Finanzminister erst vorgestern ausführlich über die Schuldverschreibungen des Staates und den Zinsendienst gesprochen. Die letzten Obligationen stammen aus dem Jahre 1925. Der neue Finanzminister wird es Ihnen bestätigen.“

Wie kommen Sie zu diesen falschen Obligationen?“

„Ich nahm sie als Sicherstellung für eine Anleihe, die ich in Shersborough, der Trustmagnat und Rüstungsönig, bei mir aufnahm.“

„Da stimmt etwas nicht! Shersborough hat Uruguay zehn Jahren nichts geliefert. Geldhübe und Munition haben aus Frankreich.“

„Eine Anleihe, sagte Shersborough, hätte er Uruguay gegeben.“

„Das ist erlogen! Mister Colleani, ich empfehle Ihnen dringend, die Sache gründlich untersuchen zu lassen. Sie eine der Obligationen bei sich?“

„Al Wir können die Unterschriften prüfen!“ Wort...

NSDAP und Zentrum

Hilfsrede in Köln.

Köln, 20. Februar.

Als Abschluss eines Treffens der rheinischen Nationalsozialisten fand am Sonntagabend in der Kölner Messehalle eine Massenversammlung statt, in der Reichsführer Adolf Hitler sprach.

Der 30. Januar 1933, so führte er aus, wird in der deutschen Geschichte fortleben als der Tag einer unerhörten großen Umwälzung, größer als die Umwälzung im November 1918. Damals trat im Grunde genommen nur eine Parteiwelt nach außen, die innerlich Deutschland schon vorher beherrschte. Die Presse als Moderner der öffentlichen Meinung, und das Kapital, sie waren schon vor dem November 1918 bereits die gestaltenden Kräfte unseres politischen Lebens, so wie sie es nachher waren.

Vor der Revolte waren diese Parteien und diese Presse unter der Decke bestimmt, und nach dieser Novemberrevolte begannen sie, frei und offen zu herrschen. Das Ergebnis dieser 14jährigen Herrschaft ist ein Zusammenbruch, wie ihn Deutschland schlimmer noch nicht erlebt hat. Wir übernehmen von dieser Herrschaft ein schlimmeres Erbe, als sie es 1918 übernahmen.

Sie sagen, unsere Bewegung sei eine Folge der wirtschaftlichen Not. Ich antworte: Das ist die Not, die Ihr über Deutschland gebracht habt. (Beifall) Zustimmung. Ich kann nicht verantwortlich gemacht werden für das, was seit 1918 von den herrschenden Mächten angerichtet wurde.

Ich habe unsere Bewegung erst geschaffen, als ich sah, daß Deutschland durch jene Leute ins Verderben gerissen wurde. Ich habe mit dem Ziel gekämpft, den verderblichen Marxismus zu bekämpfen. Aber mit diesen Marxisten hat sich daselbe Zentrum verbündet, das jetzt mit einem Aufbruch gegen uns ankämpft.

Der Reichsführer verlas hierauf aus dem letzten Aufbruch der Zentrumserben eine Rede, um dann unter dem Beifall der Versammlung darauf zu antworten.

Wenn das Zentrum uns vorwirft, wir hätten die Ordnung gestört, so will es damit offenbar den Anschein erwecken, als hätten in den letzten vierzehn Jahren Ruhe, Sicherheit, Friede, Recht und Disziplin geherrscht, und erst seit drei Wochen seien sie ins Wanken geraten. (Stürmische Gelächter) Wenn ich jetzt an das Volk appelliere, so wird das in dem Flugblatt als ungelegener Vorgang bezeichnet, weil ich nach der Mehrheit strebe.

Wenn die Urheber dieser Verfassung jetzt plötzlich die Mehrheit als etwas Unpassendes ansehen wollen, nun, ich bin auch bereit, mit einer Minderheit zu regieren. (Stürmische, minutenlang anhaltender Beifall.)

In dem Aufbruch wird weiter ausgeführt, man müsse die Treue gegenüber dem Schwur auf die Verfassung aufrechterhalten. (Beifall) Das Wort habe ich gern. Ich war Soldat und habe einen Schwur geleistet. Diesen Schwur habe ich gehalten und begreife nicht, wie leicht die anderen diesen Schwur von damals preisgeben konnten.

Der sich auf den Boden des 9. November 1918 stellt, der hat überhaupt kein Recht, von Eid und Verfassung zu reden.

(Stürmischer Beifall). Vom Christentum wird viel in dem Aufbruch gesprochen. Wir wollen durch die Tat den christlichen Gedanken im Staat durchführen, während das Zentrum 14 Jahre lang im Bunde mit Atheisten und Gottesleugnern regiert hat. Wenn in dem Aufbruch weiter an uns die Aufzählung der Taten, die wir sollten auch die Freiheit des Gegners achten, so frage ich, ob man unsere Freiheit geachtet hat. Man verlangt die Verlegung unseres Programms. Ich will nicht meine Arbeit mit der Eile beginnen, daß wir schließlich mit einer neuen Verfassung gleich nach der Wahl das Deutsche Reich retten und alles in Ordnung bringen.

Wenn ihnen 14 Jahre bewilligt wurden, dann muß ich für mich vier Jahre verlangen. Dann werde ich mein Werk dem Urteil des Volkes überlassen.

Wir wollen schaffen das große Deutschland eines sozialen und gerechten Ausgleichs und der Überwindung von Standesvorurteilen und Klassendünkeln unter Beseitigung von Interessentengruppen, die nur sich sehen und nicht die Nation.

So wird kommen dieses Reich der Einigkeit und der Größe und der Kraft und der Herrlichkeit. Lang anhaltende Beifallstürme und Heilrufe schlossen sich an die Rede des Kanzlers an.

Hilfe für Kriegssopfer

Wesentliche Erleichterungen für Versorgungsberechtigte.

Berlin, 20. Februar.

Amlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident und die Reichsregierung halten es für eine der vorrangigsten Aufgaben, die durch die Notverordnungen hervorgerufenen Härten soweit und so bald als möglich zu beseitigen oder wenigstens zu mildern. Dem Reichspräsidenten liegen dabei vor allem die Kriegssopfer, vornehmlich also die alten Soldaten, deren Angehörige und Hinterbliebenen am Herzen. Er hat es daher besonders begrüßt, daß die Reichsregierung ihm bereits jetzt einen wesentlichen Schritt auf diesem Wege vorgeschlagen hat.

Ueber den Inhalt der vom Reichspräsidenten unterzeichneten Verordnung wird mitgeteilt:

Durch die von dem Reichspräsidenten vollzogene Verordnung wird die Anrechnung von Versorgungsberechtigten der Kriegssopfer auf die Renten aus der Invaliden-, Angehörigen- und Invalidenversicherung dahingehend geändert, daß vom 1. April 1933 ab der ruhende Teil dieser Renten weder zwei Drittel noch den Betrag von 50 Mark übersteigen darf.

Das Reichsversorgungsgesetz wurde dahin geändert, daß Kinderzulagen und Waisenrenten vom 1. April 1933 bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres (bisher 15.) zu zahlen sind. Bei Berufsausbildungen können die Bezüge wie bisher zur Vollendung des 21. Lebensjahres gezahlt werden.

Die Hauptversorgungsmittel werden ermäßigt. Erhaltung der von Zwangsversteigerung bedrohten Heim der Kriegsschädigten, die eine Kapitalfalschung erhalten haben, im Unterhaltungswege Beihilfen zur Erhaltung der mit dem Grundbesitz verbundenen Gütern. Außerdem werden zur Unterstützung weiterer Gruppen von Kriegsschädigten und Hinterbliebenen Mittel zur Verfügung gestellt.

Die nach dem Reichsversorgungsgesetz vorzulegenden Anträge sind nicht mehr für Kinder zu legen haben, sondern künftig in größerem Umfang als bisher zu legen.

Kleine politische Meldungen

Der König und die Königin von Italien sowie die Prinzessin Maria sind am Bord der Yacht „Savola“ in Alexandria getroffen und begaben sich sofort im Sonderzug nach Kairo. Die großen amerikanischen Flottenmandate im Mittel-Ostern sind jetzt beendet worden.

Entlastung der Verkehrswirtschaft

Steuererlass für die Wintermonate oder Prämienvergütung für Vorauszahlungen?

Berlin, 21. Februar.

Wie verlautet, wird augenblicklich im Reichsfinanzministerium ein Referentenentwurf über die Senkung der Kraftfahrzeugsteuer erörtert, der am 1. April in Kraft treten soll. Dabei handelt es sich offenbar vor allem um die Verwertung von zwei Gedanken.

Das ist erstens der Erlass der Steuer für mehrere Monate, wenn sie für den übrigen Teil des Jahres bezahlt ist. Auf diese Weise würde verhindert, daß aus Ersparnisgründen im Winter eine so große Anzahl von Wagen stillgelegt wird, wie in den letzten Jahren und zugleich würden damit Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Das zweite Prinzip, dessen Anwendung überlegt wird, ist die Gewährung von Prämien für Vorauszahlungen. Das heißt, man will durch Nachlässe einen Anreiz zu größeren Vorauszahlungen bieten. Auch dieses System würde naturgemäß eine Senkung der Steuer bedeuten.

Beabsichtigt ist die Länder für den Ausfall durch entsprechende Abzweigungen aus den Treibstoffsteuern zu entschädigen.

20 000 Flugblätter beschlagnahmt

Bochum, 21. Februar.

Wie von der Polizei mitgeteilt wird, wurde auf den Hinweis zweier Zivilpersonen in der Druckerei Wausche eine Durchsuchung abgehalten, bei der 20 000 kommunalistische Flugblätter mit der Ueberschrift: „Stürzt die Papen-Höfgenberg-Diktatur“ beschlagnahmt wurden. Der Druckereibesitzer und ein Drucker wurden festgenommen und der politischen Abteilung des Präsidiums zugeführt. Die Flugblätter wurden beschlagnahmt.

Deutscher Abend

der N. S. D. A. P.

Ortsgruppe Spangenberg

am Sonnabend, den 25. Februar 1933 abends 8 Uhr

im Heinzschen Saale

Vortragsfolge:

- Eröffnungsmarsch
- Vorpruch
- Leitendes aus dem Soldatenleben
- Ansprache: Lehrer H. Wirmann
- Dorffest (Theaterstück)
- Leben und Sterben eines deutschen Freikämpfers
- Militärmärsche

Die gesamte deutsch führende und denkende Bevölkerung Spangenburgs und Umgegend laden wir hiermit herzlich ein.

Unterschiedsbeitrag 40 Pfg.

Erwerbslose 20 Pfg.

N. S. D. A. P.

Ortsgruppe Spangenberg.

Grüne Erbsen, Schmalzbohnen, Thür.

Linsen, Reis, Graupen, Gries

Haferflocken

H. Mohr.

Nuß u. Brennholzverkauf.

Der Preussische Staatsforstverwalter

Oberförster Spangenberg

verkauft am Donnerstag, den 23. Februar 1933, vorm. 10 Uhr in der Gastwirtschaft Töhr in Spangenberg aus den Forstereien Pfieffe, Dörnbach, Glasebach, Mörshausen und Gänseföhr.

Nuß und Brennholz nach Bedarf.

U. a. kommen auch die Kleinstschritte der Forsterei Dörnbach, Distrikt 616 zum Verkauf.

Mittwoch früh:

- la. Schellfisch,
- la. Fisch-Filet
- grüne Heringe,
- Bücklinge,
- Lachs,
- Sardellen

H. Mohr.



T. V. „FROHER MUT“ SPANGENBERG

Volksturner u. Spieler

Mittwoch Ab. 8 1/2 Uhr Turnstunde Gymnastik

Turner, die am vergangenen Sonntag unentschiedigt oder ohne triftigen Grund bei dem Aufmarsch gefehlt haben, brauchen nicht zu erscheinen.

Der Volksturnwart.

Mittwoch früh:

- Fr. Schellfische,
- grüne Heringe,
- la. Fettbücklinge,
- Kieler Sprossen,
- Lachseringe,
- Karl Bender.

Bürgerverein Spangenberg.

Die Bürgervereinsversammlung, die am Mittwoch, den 22. Februar stattfindet, wird hiermit nochmals in Erinnerung gebracht. Um vollständiges Erscheinen bitten

Der Vorstand.

Rosenkohl, Blumenkohl, Schwarzwurzel, Meerrettig, Sellerie Karotten, Rotz,

Weiß-Kraut, Wirsing

H. Mohr.

Taschenmesser

mit Güte gefunden.

Gegen Erstattung der Anzeigengebühr abzugeben in der Exped. dieser Zeitung.

Chorverein

„Vierbrüderchen“

Donnerstag Abend

1/2 9 Uhr

Gesangstunde

im „Grünen Baum“

Der Vorstand.

Zwangsversteigerung.

Am Donnerstag, den 23. Februar vorm. 12 Uhr sollen in

Spangenberg

Zusammenkunft im Ratskeller)

56 Stühle (neu)

3 Auflegematten freiliegend gegen Barzahlung versteigert werden.

Messungen den 21. 2. 1933.

Wittmann, Obergerichtsvollz.

Salz in Säcken

H. Mohr.

Sonntag, den 26. Februar ds. Js. im Saale des Herrn Schmelz Elbersdorf

Theateraufführung

„Wenn Du noch eine Mutter hast“

oder „Der Leidensweg einer Mutter“ in 4 Akten.

Außerdem ein Luststück.

Nachmittagsvorstellung 1/4 Uhr.

Abendvorstellung 8 Uhr.

Kartenverkauf: L. Wenzel / I. H. Kolbe Elbersdorf und J. Biermann im Hess. Lebensmittelh. Spangenberg. Eintrittspreis: Im Vorverk. 40 Pfg. An der Abendkasse 50 Pfg. Es ladet freundlichst ein

Sängerchor Liederfreund Elbersdorf.

Frische Fische!

Seelachs o. Kopf	Pfd. 18 Pfg.
Filet, bratfertig	Pfd. 35 -
Heringe mariniert	Sick. 10 -
Bücklinge	1 Pfd. 22 -
Lachseringe, Seelachs ger.	

Hess. Lebensmittelhaus.

Inh. Siebenhausen & Deisenroth.

Spangenberg

Markt

Wirsing, Weiß- u. Rotkraut

Blumenkohl, Rosenkohl,

Meerrettig, Tomaten

Karl Bender.

Bestellungen

auf la. Siebenbürger Rotklee

„Hundertstall“

attestiert seidefrei und hochkeimkräftig. Weiterste Gebirgsaat für hiesige Gegend besonders geeignet, und alle anderen Klee- u. Grassaaten erbittet

Karl Bender.